



## Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik

Schloss Hunyadi, Schlossgasse 6, A-2344 Ma. Enzersdorf  
Tel: +43 2236 41196, Fax: +43 2236 411969, [institute@oeies.or.at](mailto:institute@oeies.or.at)

---

### Arbeitspapier

November 2005

# Die Öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei

**Wolfgang Zaunbauer**



Für den Inhalt verantwortlich:  
Dr. Erich Hochleitner  
Direktor des ÖIES

Wolfgang Zaunbauer

## Die Öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei

1.	Einleitende Bemerkungen.....	2
2.	Die Öffentliche Meinung zum EG/EU-Beitritt der Türkei in der EG/EU seit 1992.....	3
2.1.	Die Meinung der EU-Bevölkerung.....	3
2.2.	Die Befürworter.....	4
2.2.1.	Spanien.....	4
2.2.2.	Irland.....	5
2.2.3.	Portugal.....	6
2.3.	Die Unentschiedenen.....	6
2.3.1.	Schweden.....	7
2.3.2.	Großbritannien.....	7
2.4.	Die Gegner.....	8
2.4.1.	Griechenland.....	8
2.4.2.	Österreich.....	9
2.4.3.	Deutschland.....	10
2.4.4.	Frankreich.....	10
2.4.5.	Die Niederlanden.....	11
2.5.	Die neuen Mitgliedsländer.....	12
3.	Die öffentliche Meinung in der Türkei.....	13
4.	Schlussfolgerungen.....	14
5.	Literatur.....	15
5.1.	Verwendete Eurobarometer.....	16

### 1. Einleitende Bemerkungen

In der Debatte über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union verweisen sowohl Befürworter als auch Gegner eines Türkei-Beitritts immer wieder auf die öffentliche Meinung, um ihre Argumente zu untermauern. Im Folgenden soll anhand von Meinungsumfragen auf diese öffentliche Meinung eingegangen werden. Dabei wird untersucht, ob es Konstanten bei der Einschätzung der türkischen EU-Tauglichkeit durch die EU-Bürger gibt.

Die Demoskopie ist kein unproblematisches Feld. Einerseits wird ihr oft der unbewiesene Vorwurf der Beeinflussung der Bevölkerung gemacht, andererseits stellt sich die Frage, was für Folgen Meinungsumfragen in der praktischen Politik haben sollen. Tatsache ist, dass Umfragen keine nachweisbare Auswirkung zum Beispiel auf das Abstimmungsverhalten von Wählern haben. Anders sieht es bei den Folgen für die praktische Politik aus. Meinungsumfragen können einerseits Politiker in ihrer Arbeit bestätigen, sollen sie aber andererseits Handlungsanweisungen für Politiker sein? Anders gefragt: Sollen sich demokratisch gewählte Politiker, die für sich in Anspruch nehmen, die Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren, auch stets nach dem Willen oder der Meinung der Bevölkerungsmehrheit richten?

Ohne hier dem Populismus das Wort reden zu wollen sollte sich doch jeder Politiker, der aller Wahrscheinlichkeit nach (wieder) gewählt werden will, überlegen, was das Wahlvolk eigentlich will. Insofern könnte es sich für Politiker durchaus lohnen, sich die Ergebnisse von Meinungsumfragen genauer anzusehen.

Bei einem so heiklen Thema wie dem EU-Beitritt der Türkei sollten sich die führenden Politiker die diesbezüglichen Meinungsumfragen erst recht genau ansehen. Einerseits, da die Idee von Volksabstimmungen zu diesem Thema in Europa teilweise sehr konkrete Züge annimmt. So befürworteten sowohl der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel<sup>1</sup> als auch Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac eine Volksabstimmung zum EU-Beitritt der Türkei. Gerade in Frankreich wäre eine solche Abstimmung kein Novum. Bereits 1972 wurde das französische Stimmvolk über die Erweiterung der EG befragt. Damals stimmten 68 Prozent für die Aufnahme Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens.<sup>2</sup> Andererseits tun die Politiker gut daran, die Stimmung der Bevölkerung bezüglich der Türkei im Auge zu behalten, da sich diese Thematik auch auf andere Bereiche der Politik auswirken kann. So war der eventuelle Beitritt der Türkei mit ein Grund für die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich, was allerdings vorauszusehen war, da schon im November / Dezember 2004 im Rahmen einer ifop-Umfrage 31 Prozent der befragten Franzosen angaben, wegen dem möglichen Türkei-Beitritt gegen die Verfassung zu stimmen.<sup>3</sup>

## **2. Die Öffentliche Meinung zum EG/EU-Beitritt der Türkei in der EG/EU seit 1992**

Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft wird seit 1974 vom Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, kurz EUROSTAT, erhoben und im sogenannten Eurobarometer veröffentlicht. Für die folgenden Betrachtungen wird auf die Eurobarometer-Ergebnisse ab 1992 zurückgegriffen und diese gegebenenfalls durch nationale Umfrageergebnisse ergänzt.<sup>4</sup> Die Umfrageergebnisse beziehen sich jeweils auf die Bevölkerung der EU-Mitglieder zum Zeitpunkt der Befragung.

### **2.1. Die Meinung der EU-Bevölkerung**

Die Eurobarometerergebnisse machen deutlich, dass ein EU-Beitritt der Türkei seit 1992 innerhalb der EU-Bürger nie mehrheitsfähig war. Vielmehr nahm der Anteil der Befürworter zwischen 1992 und 1999 um 12 Prozentpunkte ab und stieg bis 2005 lediglich um sechs Prozentpunkte. Insgesamt ging die Zustimmung zwischen 1992 und 2005 also um 6 Prozentpunkte zurück.

Die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei konnten ihren Anteil kontinuierlich vergrößern und verzeichneten im selben Zeitraum einen Anstieg von zehn Prozentpunkten.

Die Differenz zwischen Befürwortern und Gegnern betrug 1992 lediglich einen Prozentpunkt, stieg in der Folge jedoch massiv an und pendelte sich schließlich bei rund 17 Prozentpunkten ein. Doch obwohl der Anteil der Gegner stets größer war als jener der Befürworter war erstmals im Jahr 2005 die Mehrheit aller Befragten gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

Insgesamt lässt sich sagen, dass das Meinungsbild der EU-Bürger bezüglich eines Türkei-Beitritts relativ statisch ist und nur geringen Schwankungen unterliegt. Es ist jedoch ein eindeutiger Trend zur Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft der Türkei erkennbar. Im Juli 2005 waren 52 Prozent der EU-Bürger gegen einen EU-Beitritt der Türkei, 35 Prozent dafür.

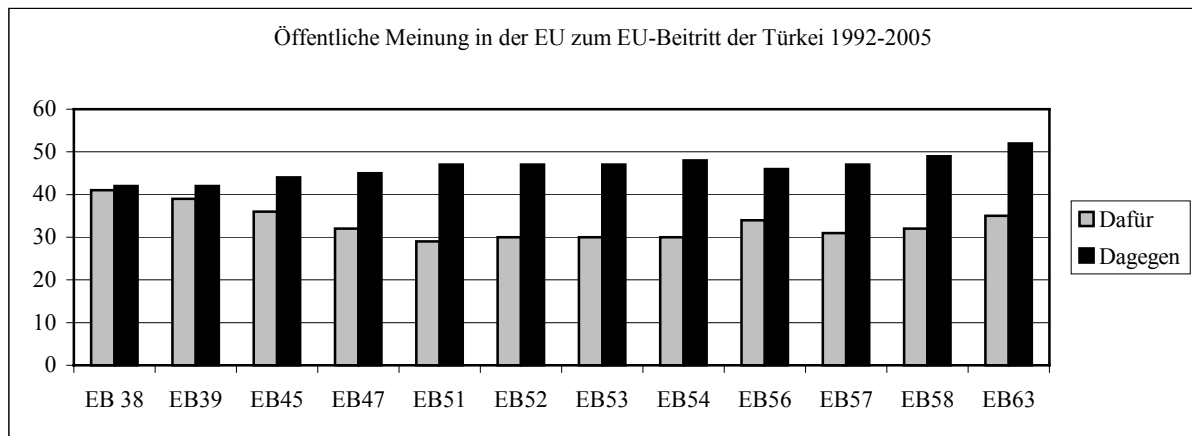
---

<sup>1</sup> Vgl. Oberösterreichische Nachrichten, Schüssel will Volksabstimmung über EU-Beitritt der Türkei, 18. Dezember 2004.

<sup>2</sup> Vgl. Die Welt vom 2. Oktober 2004.

<sup>3</sup> Vgl. Le Figaro, 71% des sympathisants UMP opposés à l'entrée de la Turquie, 13. Dezember 2005.

<sup>4</sup> Es handelt sich dabei um die Eurobarometer 38, 39, 45, 47, 51, 52, 53, 54, 56, 57, 58 und 63.



Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Erhebung	Dafür	Dagegen
EB 38 – Dezember 1992	41	42
EB39 – Juni 1993	39	42
EB45 – Dezember 1996	36	44
EB47 – November 1997	32	45
EB51 – Juli 1999	29	47
EB52 – April 2000	30	47
EB53 – Oktober 2000	30	47
EB54 – April 2001	30	48
EB56 – April 2002	34	46
EB57 – Oktober 2002	31	47
EB58 – Dezember 2002	32	49
EB63 – Juli 2005	35	52

Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Da es voraussichtlich keine europaweite Volksabstimmung über den EU-Beitritt der Türkei geben wird und es zwischen den öffentlichen Meinungen innerhalb der EU beträchtliche Unterschiede gibt, ist es sinnvoll, sich die einzelnen Länder genauer anzusehen. Da für die zehn neuen Mitgliedsländer erst ab 2001 Umfragematerial zu dieser Thematik vorliegt, konzentrieren sich die folgenden Betrachtungen vor allem auf die EU-15.

Die EU-15 lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Die Befürworter, die Gegner, die Unentschiedenen.

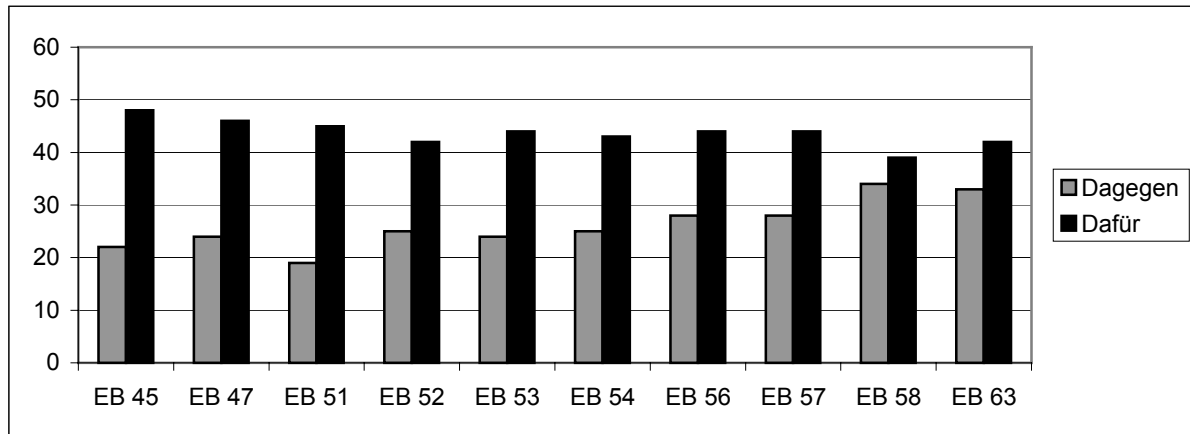
## 2.2. Die Befürworter

Als Befürworter werden diejenigen Länder bezeichnet, deren Bevölkerung im betrachteten Zeitraum tendenziell für einen Beitritt der Türkei zur EU waren. Dazu gehören Spanien, Irland und Portugal.

### 2.2.1. Spanien

In Spanien, neben Irland das einzige Land, in dem die Befürworter seit 1992 durchgehend stärker vertreten waren als die Gegner, betrug der Befürworteranteil 1992 noch 48 Prozent,

fiel in den folgenden Jahren ab und pendelte sich bei rund 43 Prozent ein. Den niedrigsten Befürworteranteil verzeichnete Spanien 2002 mit 39 Prozent. Während der Anteil der Befürworter konstant bleibt, steigt der Anteil der Gegner kontinuierlich. Lagen die Gegner 1992 noch bei 22 Prozent, so kletterten sie bis 2005 auf 33 Prozent an und konnte den Abstand zu den Befürwortern von 26 auf neun Prozentpunkte verringern.



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Spanien

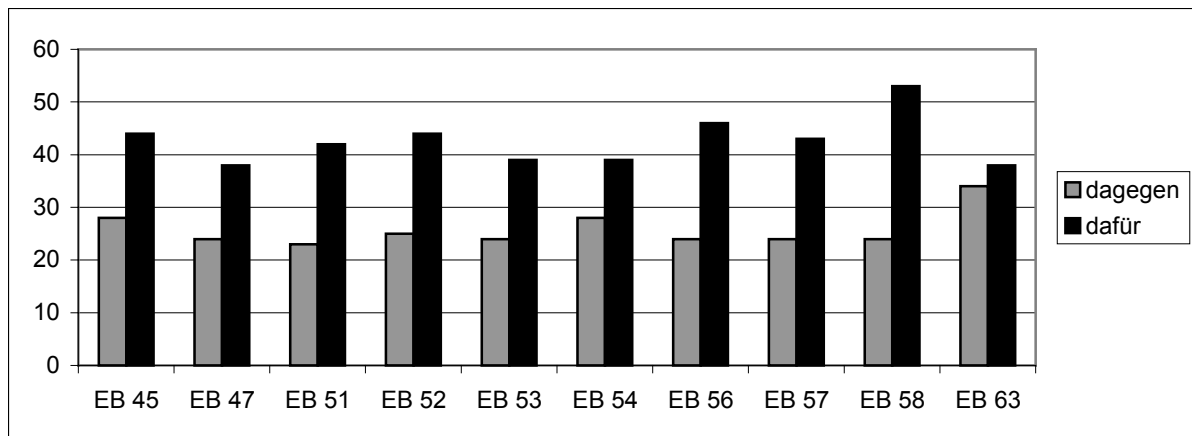
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Der Hauptgrund für die Unterstützung eines Türkei-Beitritts in Spanien ist die Ansicht, dass die Türkei geographisch zu Europa gehört (38%). 26 Prozent meinen, die Türkei habe bereits große Fortschritte gemacht und 23 Prozent befürworten einen Beitritt, da ihrer Ansicht nach dadurch spanische Unternehmen leichter in der Türkei entwickeln könnten. Die Hauptargumente dagegen sind die Menschenrechtssituation (32%), die Situation der Frauen (31%) sowie die großen kulturellen und religiösen Unterschiede (28%).<sup>5</sup>

### 2.2.2. Irland

Auch in Irland war die Bevölkerung seit 1992 gegenüber einem Türkei-Beitritt eher positiv eingestellt. Was an Irland allerdings auffällt, ist die Tatsache, dass die Differenz über Jahre deutlich über 10 Prozentpunkte lag, 2002 sogar auf 29 Prozentpunkte anstieg, 2005 jedoch nur mehr 4 Prozentpunkte betrug.

<sup>5</sup> Vgl. Le Figaro, 13. Dezember 2004.

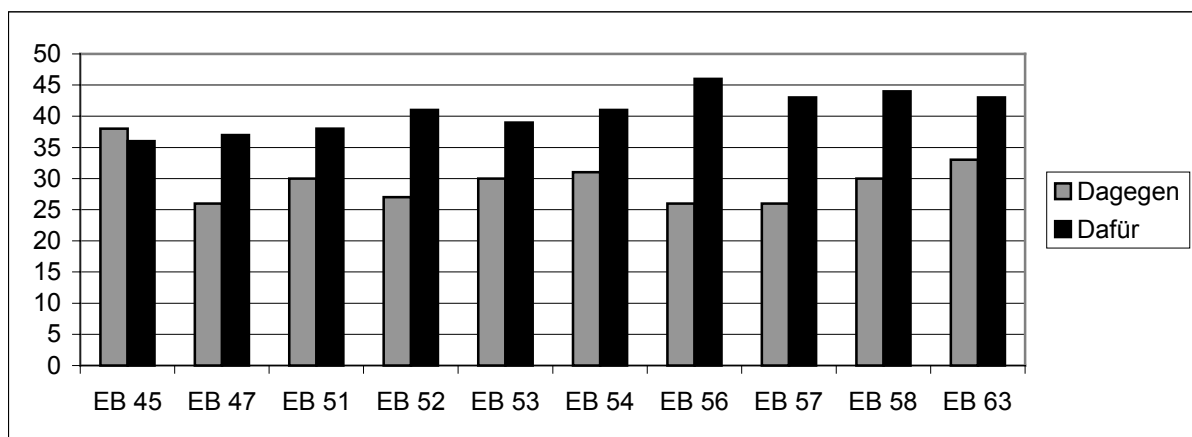


Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Irland

Quelle: Eurostat, Eurobarometer

### 2.2.3. Portugal

In Portugal lag der Anteil der Gegner 1992 noch bei 38 Prozent und damit über dem der Befürworter (36%). In der Folge sank er jedoch deutlich und pendelte sich zwischen 25 und 30 Prozent ein. Erst 2005 stieg er wieder auf 33 Prozent. Die Befürworter hingegen konnten bis 2002 ihren Anteil kontinuierlich steigern und lagen zuletzt deutlich über 40 Prozent.



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Portugal

Quelle: Eurostat, Eurobarometer

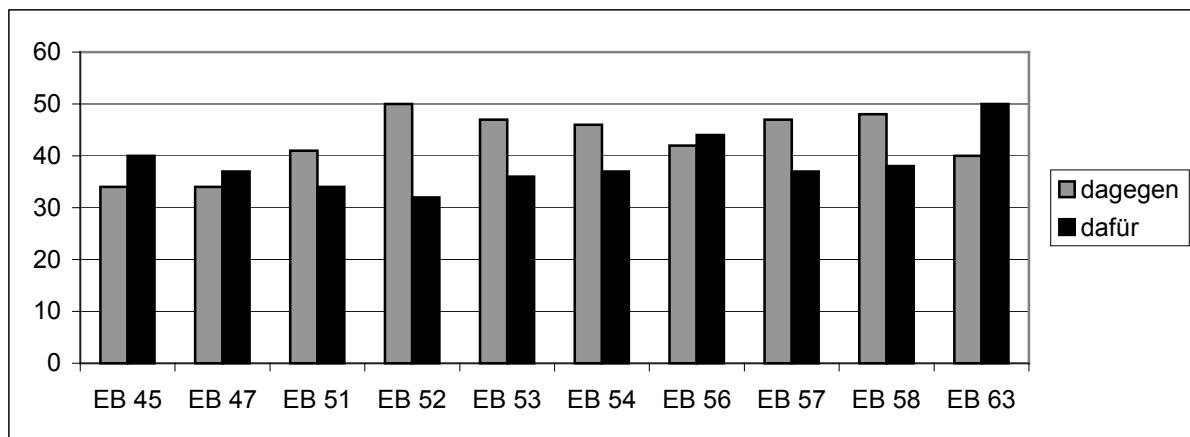
Was an den Ländern, in denen die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei über eine relative Mehrheit verfügen, auffällt, ist der hohe Anteil an Unentschlossenen. Diese machen in jedem der drei Länder rund 30 Prozent aus, wobei ihr Anteil in Irland 31,6 Prozent, in Spanien 30,1 Prozent und in Portugal 29,5 Prozent beträgt. Ein weiteres Merkmal, das diese drei Länder verbindet, ist ihre geographische Lage am Rande Europas.

### 2.3. Die Unentschiedenen

Zu den unentschiedenen Ländern zählen jene Staaten, deren öffentliche Meinung bezüglich des Türkeibeitritts schwankt und keine dauerhafte deutliche Mehrheit zulässt. Dazu zählen einerseits Schweden, andererseits Großbritannien.

### 2.3.1. Schweden

In Schweden war bei sechs von zehn Befragungen eine relative Mehrheit gegen einen Beitritt, in vier Befragungen überwogen die Befürworter. Waren 1992 und 1993 die Befürworter in der Überzahl, so änderte sich dieses Verhältnis 1996. Fortan waren die Gegner in der Mehrheit. Dies änderte sich erst im April 2002 wieder, allerdings lediglich bis zum Oktober 2002. Im Juli 2005 allerdings distanzierten die Befürworter die Gegner deutlich um zehn Prozentpunkte.



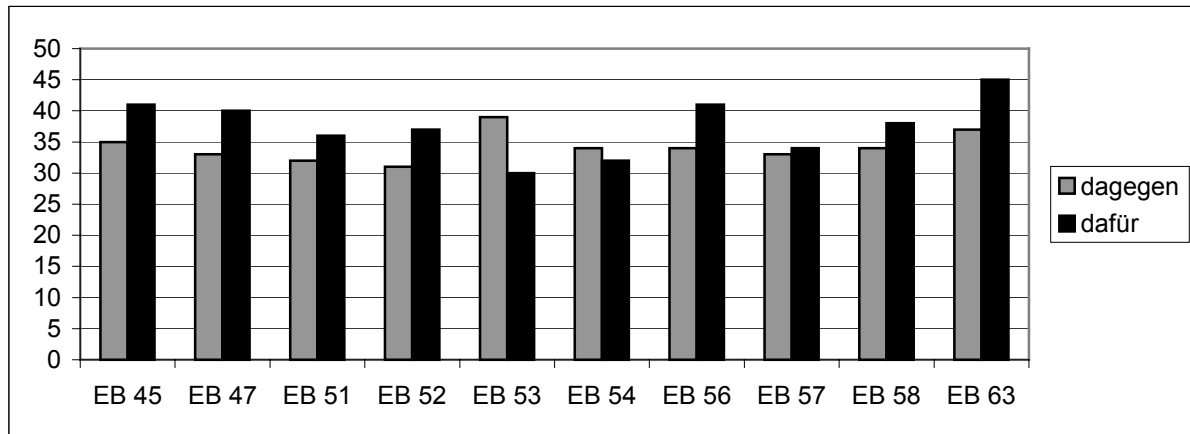
Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Schweden  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

### 2.3.2. Großbritannien

Auch in Großbritannien wechselte die Mehrheit wiederholt, ohne dass es dauerhaft zu einer deutlichen Mehrheit sowohl der Gegner als auch der Befürworter gekommen wäre. Bis April 2000 und schließlich wieder ab April 2002 waren die Befürworter eines Türkei-Beitritts in der Mehrheit, die Differenz zum Anteil der Gegner betrug jedoch nie mehr als acht Prozentpunkte. Lediglich im Oktober 2000 war die Spanne größer, damals lagen die Gegner mit 39 Prozent deutlich vor den Befürwortern (30%).

Für einen Beitritt spricht nach Meinung der Briten die Tatsache, dass die Türkei die weltpolitische Stellung Europas stärken würde (18%), große Fortschritte macht (24%) und geographisch zu Europa gehört (31%). Dagegen wenden sich allerdings 18 Prozent der Briten. 28 Prozent halten die Menschenrechtssituation für ungenügend und 29 Prozent glauben, dass die kulturellen und religiösen Differenzen zu groß sind.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Le Figaro, 13. Dezember 2004.



**Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Großbritannien**  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Bemerkenswert ist der relativ große Anteil unentschlossener Briten, der im Schnitt bei 28,4 Prozent liegt, während lediglich 18,6 Prozent der Schweden sich nicht entscheiden können. Auch fällt auf, dass die unentschiedenen Länder, genauso wie die Gegner, an der Peripherie Europas liegen.

## 2.4. Die Gegner

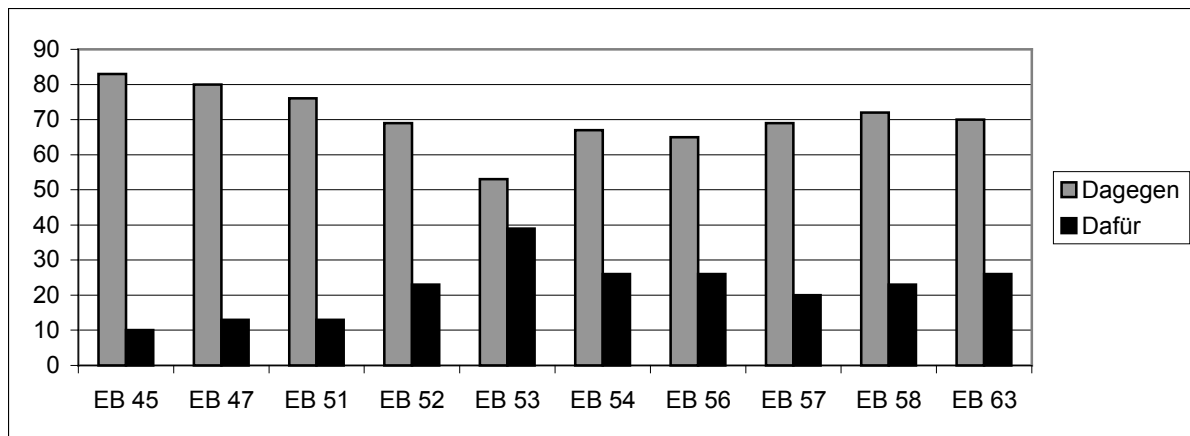
Zu den dezidierten Gegnern eines Beitritts der Türkei zur EU innerhalb der EU-15 gehören Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Finnland. In all diesen Ländern sind konstant mehr als 50 Prozent der Befragten gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Zwar etwas weniger deutlich, aber dennoch klar erkennbar fällt die Ablehnung in Italien und den Niederlanden auf.

Die folgenden Betrachtungen der Gegner eines EU-Beitritts aus sicht der öffentlichen Meinung werden auf folgende Staaten beschränkt: Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich und die Niederlande.

### 2.4.1. Griechenland

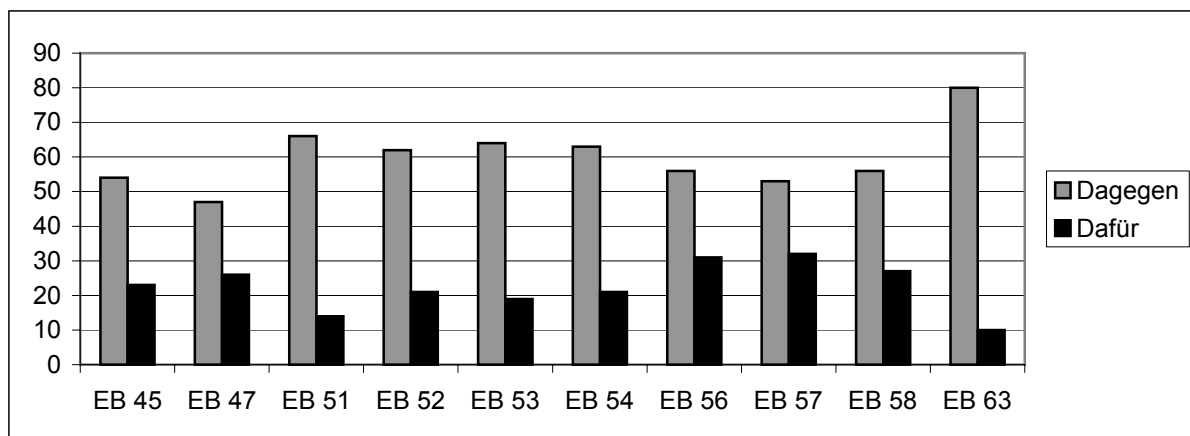
In Griechenland verläuft die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei sehr eigenwillig. Lag der Anteil der Gegner 1992 noch bei 83 Prozent, so sank er bis Oktober 2000 auf 53 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Befürworter von 10 auf 29 Prozent. Doch offensichtlich stellte das Jahr 2000 einen Wendepunkt dar, denn in der Folge stieg der Anteil der Gegner auf rund 70 Prozent, während sich der Anteil der Befürworter bei rund 23 Prozent einpendelt.





Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Griechenland  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

### 2.4.2. Österreich



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Österreich  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

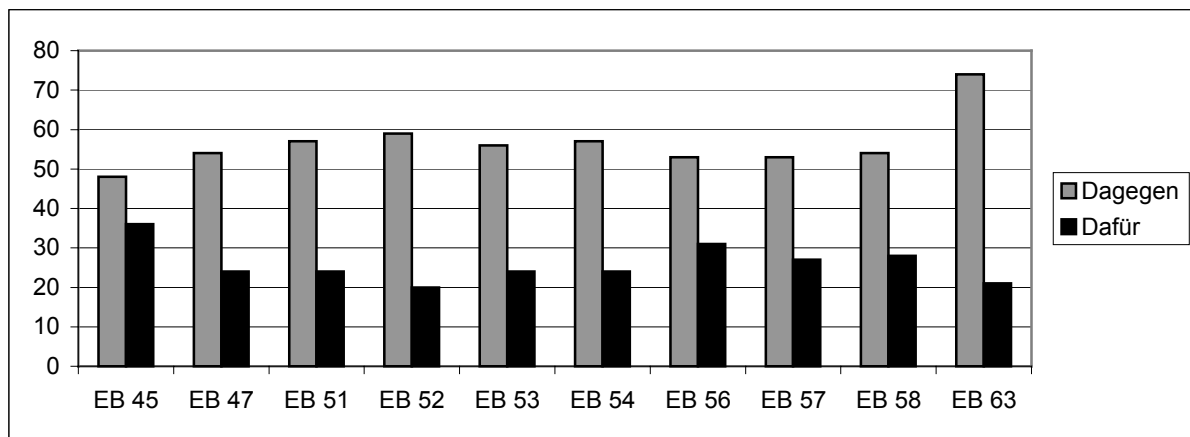
Alle Eurobarometer-Umfragen zeigen eine deutliche Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gegen die Aufnahme der Türkei in die EU. Mit Ausnahme des Eurobarometer 47 (November 1997) lag die Ablehnung konstant bei über 50 Prozent und erreichte im Juli 2005 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung.

In Österreich untersuchte die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik in mehreren Umfragen auch die Einstellung der Bevölkerung zu einem möglichen Türkeibeitritt, wobei hier wiederum die Gründe für und gegen einen Beitritt interessant sind. So meinten im April 2004 32 Prozent der Österreicher, die einen EU-Beitritt der Türkei befürworteten, dass durch eine EU-Mitgliedschaft die Demokratie in der Türkei gestärkt wird. 31 Prozent befürworteten einen Beitritt, da dieser der Türkei schon lange unter bestimmten Bedingungen in Aussicht gestellt worden sei und 24 Prozent meinten, dass die Türkei historisch und geographisch zu Europa gehöre. 49 Prozent meinten allerdings, dass ein Beitritt wegen des anhaltenden Kurdenkonflikts abzulehnen ist. Für 44 Prozent der Befragten passt die Türkei wegen ihrer Sitten und Gebräuche nicht nach Europa und 43 Prozent waren dagegen, da die Türken zum Großteil Moslems sind. Das letzte Argument erlebte im Vergleich zu den Umfragen von 1998

(16%) und 1999 (20%) einen enormen Zuwachs, während der Kurdenkonflikt (2004: 49%) als Argument weniger wichtig wird (1998: 64%, 1999: 60%).<sup>7</sup>

### 2.4.3. Deutschland

Deutschland weist eine sehr ähnliche Entwicklung des Meinungsbildes wie Österreich auf. In Die Ablehnung erreichte 2000 einen ersten Höhepunkt, sank in der Folge leicht ab, um dann 2005 sprunghaft anzusteigen. Mittlerweile weist Deutschland mit 74 Prozent neben Österreich die höchste Ablehnungsquote der EU-15 auf.



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Deutschland  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Bei einer Erhebung durch das Institut für Demoskopie Allensbach vom April 2004 sprachen sich lediglich 12 Prozent der Befragten für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus, 66 Prozent waren dagegen. 30 Prozent der Deutschen lehnten damals auch eine „Privilegierte Partnerschaft“ ab, während 42 Prozent diesen Vorschlag von Angela Merkel unterstützten.<sup>8</sup>

Die ablehnende Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat mehrere Gründe, die sowohl in der Politik und der Verfasstheit der EU, als auch beim Kandidatenland Türkei liegen.

Eine überwältigende Mehrheit von 78 Prozent lehnte angesichts der damals bevorstehenden EU-Erweiterung eine vorzeitige Diskussion über weitere Beitrittskandidaten ab, da noch nicht abzusehen sei, ob und wie die EU die aktuelle Erweiterung verkraftet. Aus dem selben Grund befürworten 69 Prozent einen Aufnahmestopp für einige Jahre. 78 Prozent waren der Ansicht, dass die Vertiefung der EU wichtiger sei, als die Erweiterung. Nur 4 Prozent waren anderer Meinung.

Bezüglich dem Kandidatenland waren nur 21 Prozent der befragten Deutschen der Meinung, dass die Türkei ein europäisches Land sei. Dies stellt eine Veränderung von minus 12 Prozent gegenüber dem Mai 2002 dar. Ähnlich niedrige Werte erzielten neben der Türkei Russland (27 %), Albanien (26 %) und die Ukraine (23%).<sup>9</sup>

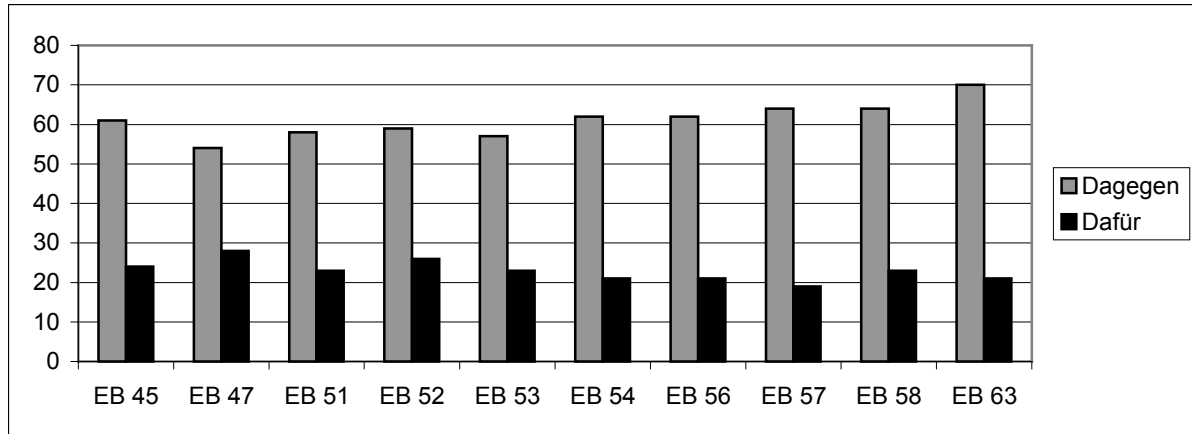
<sup>7</sup> Vgl. Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Paper zur Pressekonferenz: Die Türkei und Europa, Aufgaben und Ziele der Unabhängigen Türkei-Kommission, Das Meinungsbild der Österreicherinnen und Österreicher, 22. April 2004, S. 4-6.

<sup>8</sup> Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Beklommenheit vor dem historischen Schritt, Die Bevölkerung sieht überwiegend Risiken der Osterweiterung, Von Prof. Dr. Renate Köcher, Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 93 vom 21. April 2004.

<sup>9</sup> Ebenda.

#### 2.4.4. Frankreich

Die Haltung der Franzosen zum EU-Beitritt der Türkei ist relativ konstant. Während der Anteil der Gegner 1993 leicht sank, in der Folge aber stetig stieg, pendelte sich der Anteil der Befürworter bei knapp über 20 Prozent ein.



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in Frankreich  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer

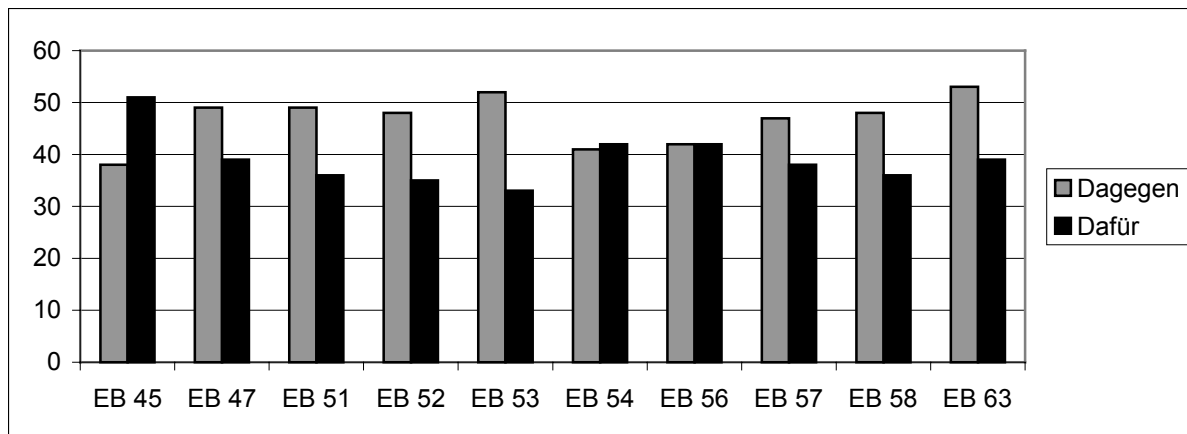
39 Prozent der Franzosen sprechen sich wegen der schlechten Menschenrechtssituation gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus, 34 Prozent wegen der zu großen kulturellen und religiösen Unterschiede und 25% wegen der Situation der Frauen in der Türkei. Die Befürworter führen hingegen an, dass die Türkei bereits große Fortschritte gemacht hat (39%), geographisch zu Europa gehört (29%) und ein Beitritt die Stellung Europas in der Welt stärkt (25%).<sup>10</sup>

#### 2.4.5. Die Niederlanden

Von der Entwicklung der öffentlichen Meinung in den Niederlanden her könnte man zwar meinen, dass auch dieses Land zu den Unentschiedenen zählt, da es auch hier seit 1992 große Schwankungen bei der Ablehnung bzw. Zustimmung zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei gibt. Dennoch zeigt sich auch hier ein ganz klarer Trend hin zur Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft.

Im Jahre 1992 lag der Anteil der niederländischen Befürworter mit 51 Prozent noch deutlich über jenem der Gegner (28%). Doch bereits ab 1993 war die Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Türkei-Beitritt. Ein erster Höhepunkt wurde im Herbst 2000 erreicht, als die Gegner mit 52 Prozent die Befürworter um 19 Prozentpunkte distanzieren. In den Jahren 2001 und 2002 jedoch lagen die beiden Lager beinahe gleich auf. Erst ab dem Herbst 2002 zeichnete sich wieder eine deutliche Ablehnung in der niederländischen Bevölkerung ab, die im Juli 2005 einen neuen Höchstwert von 53 Prozent erreichte.

<sup>10</sup> Vgl. Le Figaro, 13. Dezember 2004.



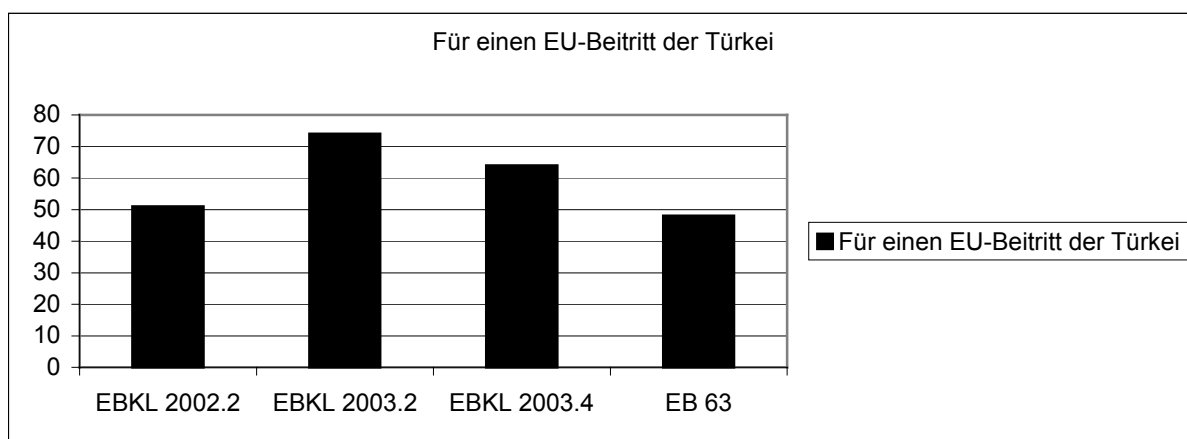
Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in den Niederlanden

Quelle: Eurostat, Eurobarometer

Ein möglicher Indikator für die steigende Ablehnung in den Niederlanden ist sicher im kulturell-religiösen Diskurs zu finden, der nach der Ermordung des Rechtspopulisten Pim Fortuyn 2002 und des Filmemachers Theo van Gogh 2004 einsetzte. Beide Morde führten zu antiislamischen Krawallen (obwohl Fortuyn von einem niederländischen Tierschützer ermordet wurde) und zu einer breiten Diskussion über das Funktionieren bzw. Scheitern der multikulturellen Gesellschaft der Niederlande.

## 2.5. Die neuen Mitgliedsländer

Im Juli 2005 sprachen sich 52 Prozent der EU-Bevölkerung gegen einen Beitritt der Türkei aus, 35 Prozent waren dafür. Während die Ablehnung in den Ländern der EU-15 55 Prozent betrug, lag sie in den neuen Mitgliedsländern mit 38 Prozent deutlich darunter. Hier sprach sich eine relative Mehrheit von 48 Prozent für den Türkei-Beitritt aus. Doch zeichnet sich bei den neuen Mitgliedsländern seit 2003 eine deutliche Abnahme der Unterstützung ab.

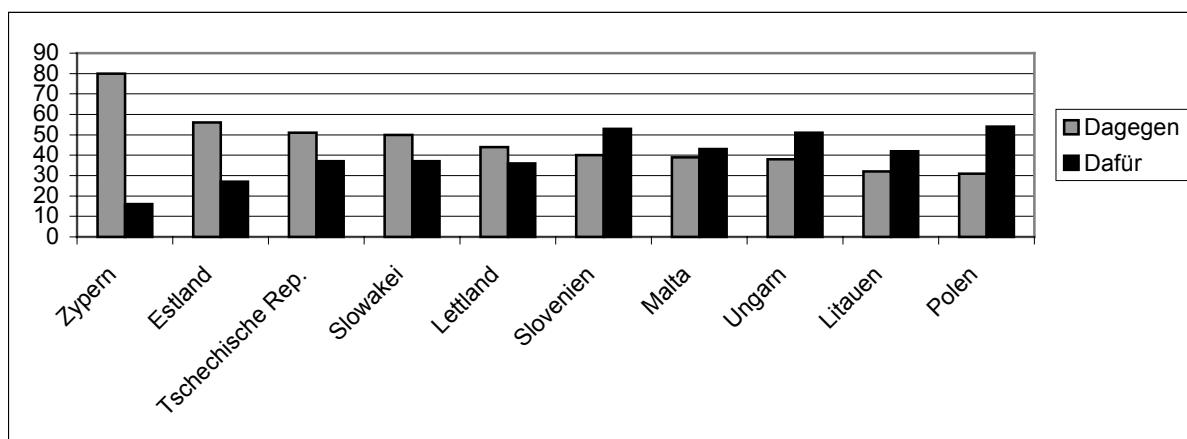


Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in den zehn neuen Mitgliedsländern

Quelle: Eurostat, Eurobarometer der Kandidatenländer 2002.2, 2003.3, 2003.4, EB 63

Den größten Anteil erreichten die Gegner in Zypern mit 80 Prozent (16% Befürworter). Ebenfalls mehrheitlich gegen einen Türkei-Beitritt waren die Befragten in Estland (55%/27%), in der Tschechischen Republik (51%/37%) und in der Slowakei (50%/37%). Eine relative Mehrheit erreichten die Gegner in Lettland (44%/36%).

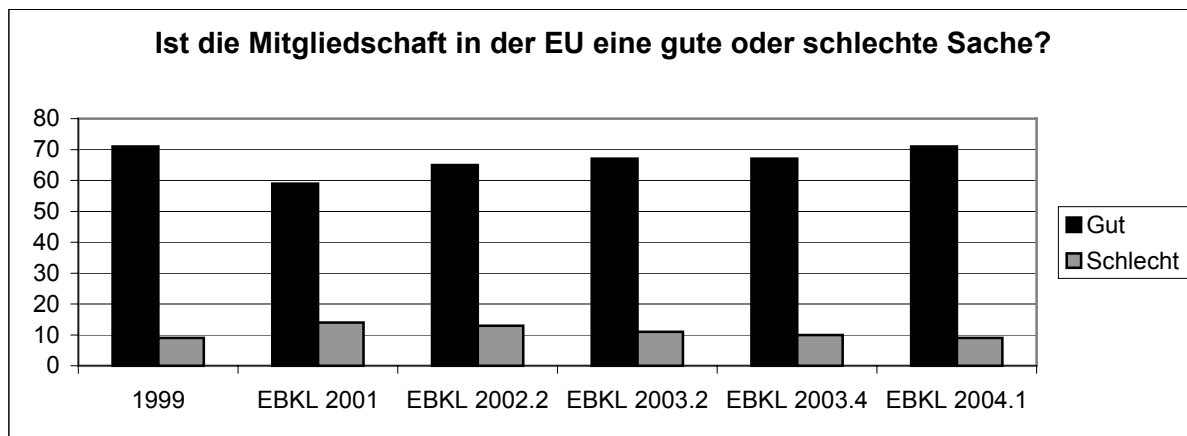
In Polen (54%/31%), Slowenien (53%/40%) und Ungarn (51%/38%) erreichten die Befürworter die absolute, in Malta (43%/39%) und Litauen (42%/32%) die relative Mehrheit.



Unterstützung eines EU-Beitritts der Türkei in den neuen Mitgliedsländern  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer 63

### 3. Die öffentliche Meinung in der Türkei

Laut Eurobarometer der Kandidatenländer zeichnet sich innerhalb der öffentlichen Meinung in der Türkei ein deutlicher Trend zu einer überragenden Mehrheit für einen EU-Beitritt ab. Zwar lagen bei der Frage, ob die EU-Mitgliedschaft eine gute oder schlechte Sache sei, die Ergebnisse 2001 um über 10 Prozentpunkte unter dem Wert von 1999, bis 2004 wurde dieser Verlust allerdings wieder wettgemacht.



Meinung zur EU-Mitgliedschaft in der Türkei  
Quelle: Eurostat, Eurobarometer der Kandidatenländer 2003.4 und 2004.1

Im Juni 2002 veröffentlichte das Institut für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Bogazici Universität in Istanbul die Ergebnisse einer Befragung zur Einstellung der türkischen Bevölkerung zu einer EU-Mitgliedschaft. Laut dieser Studie befürworteten 64 Prozent einen EU-Beitritt, 30 Prozent sprachen sich dagegen aus.<sup>11</sup> Hier liegt der Anteil der Gegner zwar deutlich über jenem von Eurostat, der positive Trend wird aber bestätigt.

Zwar befürworteten 2004 über 70 Prozent der Türken einen EU-Beitritt ihres Landes, allerdings bezweifelten ebenso viele, dass sie tatsächlich eines Tages in die Europäische

<sup>11</sup> Carkoglu, Ali e.a.: Turkish Public Opinion on Membership to the EU, Juni 2002, S. 38.

Union aufgenommen würden.<sup>12</sup> Tatsächlich sank 2005 die Zahl der Befürworter wieder auf 63 Prozent, während 30 Prozent der Türken im Falle eines Referendums gegen einen Beitritt stimmen würden. Als Gründe werden die Reformmüdigkeit der Regierung ebenso angeführt, wie die Patriotismuswelle, die als Folge der Zyperndebatte, des wieder aufgeflamten Kurdenkonflikts und der Armenierfrage über das Land schwappt.<sup>13</sup> So sind 82 Prozent der Türken dafür, der EU nicht beizutreten, sollte die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern Voraussetzung dafür sein.<sup>14</sup>

Zwar glauben 58 Prozent der Türken, dass ein EU-Beitritt für sie persönlich von Vorteil ist und 52 Prozent hoffen auf wirtschaftlichen Fortschritt, sinkende Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten durch eine EU-Mitgliedschaft. Allerdings befürchtet die Hälfte der Befragten einen Verfall der religiösen und nationalen Werte.<sup>15</sup>

Zwar ist immer noch eine große Mehrheit der türkischen Bevölkerung für eine EU-Mitgliedschaft,

*„die Neigung zu einer politischen Umorientierung scheint aber weit verbreitet zu sein. Nur 16,3% der Befragten wären übrigens bereit, einen besonderen Status [zu] akzeptieren, den die EU in diesem Fall wahrscheinlich vorschlagen würde.“<sup>16</sup>*

#### 4. Schlussfolgerungen

Soll die Europäische Union als politisches Projekt erfolgreich sein, darf sie ihre Bürger nicht vergessen. Soll das große europäische Friedensprojekt über eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft hinausgehen, muss sie auch eine Union der Bürger werden. Als solche kann sie jedoch nur gelingen, wenn die Menschen ein „Gefühl“ für Europa bekommen. Europa muss mental für die Menschen begreifbar sein. Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn sie sich bis zu einem bestimmten Grad auch damit identifizieren können. Dazu ist es nötig, dass eine europäische Identität gefunden wird, oder – sollte es sie bereits geben – als solche offen ausgesprochen wird. Zwar ist die Frage der Identität Europas das Thema eines anderen Artikels in diesem Band, doch soll auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass für eine gemeinsame europäische Identität ein gemeinsamer Wertebegriff, ein gewisser gemeinsamer kultureller und historischer Background Voraussetzung ist. Erst dann, wenn den Menschen dieses Gemeinsame bewusst wird, kann die Europäische Union als Union der Bürger betrachtet werden.

Soll die Europäische Union als Union der Bürger verwirklicht werden, dürfen die Bürger nicht übergangen werden. Gerade in einer so wichtigen Frage wie der Erweiterung. Kulturelle Unterschiede sind zwar per se kein Grund, ein Land nicht in die Union aufzunehmen, doch sollte dabei die Zustimmung der Bevölkerung Europas vorhanden sein. Dies trifft jedoch bei der Türkei nicht zu. Im Gegenteil. Der Anteil der Gegner wächst stetig. Die Zahl der Befürworter sinkt, auch in Ländern, in denen die Bevölkerung noch mehrheitlich für einen Beitritt der Türkei zur EU ist.

---

<sup>12</sup> Vgl. Zaptcioglu, Dilek: Die werden uns doch nie aufnehmen!, 2004, unter: [http://www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-297/\\_nr-32/\\_p-1/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-32/_p-1/i.html), online am 5. August 2005.

<sup>13</sup> Vgl. Die Welt, Begeisterung der Türken für EU-Beitritt lässt stark nach, 8. April 2005.

<sup>14</sup> Vgl. Hürriyet, Lässt das türkische Streben in Richtung EU nach?, 13. April 2005; vgl. auch Kurier, Die Geschichte einer Entfremdung, 4. August 2005.

<sup>15</sup> Vgl. Carkoglu, S. 31 f.

<sup>16</sup> Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion, September 2004, unter: <http://www.bpd.de/themen/KS6GJ7.html>, am 5. August 2005.

Ein Beitritt der Türkei könnte die europäische Integration auf Jahre behindern oder – im schlimmsten Fall – das Projekt „Union der Bürger“ gänzlich zum Scheitern bringen. Letzteres wäre vor allem wohl dann der Fall, wenn über die Köpfe der Mehrheit der europäischen Bürger hinweg für einen türkischen Beitritt entschieden wird.

Tatsache ist, dass zwar ein Drittel der europäischen Bevölkerung einen EU-Beitritt der Türkei begrüßen würde, mehr als die Hälfte jedoch sich dagegen ausspricht. Sollte der derzeitige Trend anhalten, ist anzunehmen, dass sich – vor allem in den neuen Mitgliedsländern – die Zahl der Gegner noch weiter erhöht und die Stimmung in manch einem Land, das momentan noch zu den Befürwortern zu zählen ist, kippt. Dann wird es für die führenden Politiker in Rat und Kommission immer schwieriger, eine weitere Unterstützung der türkischen Beitrittsbemühungen zu rechtfertigen. Und in der Tat wird die Front der Befürworter zusehends durchlässiger. Zwar bleiben die italienische und die britische Regierung unbeirrt bei ihrem Ja zur Türkei, doch offensichtlich hat in Frankreich die Regierung unter Premier Dominique de Villepin eine Kehrtwendung vollzogen.<sup>17</sup> Ebenso der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, der mittlerweile für eine türkische Vollmitgliedschaft keine Notwendigkeit mehr sieht und damit 58 Prozent der Dänen hinter sich hat.<sup>18</sup> Von großer Bedeutung wird auch die deutsche Bundestagswahl im Herbst 2005 sein. Sollte die rot-grüne Koalition durch eine bürgerliche Regierung abgelöst werden, würde die Türkei mit Gerhard Schröder einen ihrer wichtigsten Fürsprecher verlieren.

Ob am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beginnen oder nicht, entscheiden die Regierungschefs der Europäischen Union. Das Volk wird dazu nicht befragt. Doch tun die Politiker gut daran, sich zu überlegen, was die Bevölkerung will. Andernfalls werden sie sich den Vorwurf bieten lassen müssen, mit Schuld am Scheitern des Projekts Europäische Union – Union der Bürger zu tragen, denn wenn die Menschen das Gefühl bekommen, dass ihre Meinung und ihre Wünsche egal sind und nicht berücksichtigt werden, dann werden sie sich von Europa abwenden.

## 5. Literatur

- Carkoglu, Ali e.a.: Turkish Public Opinion on Membership to the EU, Juni 2002.
- derStandard.at, Front der Türkei-Befürworter bröckelt, am 9. August 2005.
- Die Welt, Chirac für Volksabstimmung über EU-Beitritt der Türkei, 2. Oktober 2004.
- Die Welt, Begeisterung der Türken für EU-Beitritt lässt stark nach, 8. April 2005.
- Hürriyet, Lässt das türkische Streben in Richtung EU nach?, 13. April 2005.
- Institut für Demoskopie Allensbach: Beklommenheit vor dem historischen Schritt, Die Bevölkerung sieht überwiegend Risiken der Osterweiterung, Von Prof. Dr. Renate Köcher, Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 93 vom 21. April 2004.
- Kizilyaprak, Zeynel Abidin: Der EU-Beitritt in der türkischen Diskussion, September 2004, unter: <http://www.bpd.de/themen/KS6GJ7.html>, am 5. August 2005.
- Kurier, Die Geschichte einer Entfremdung, 4. August 2005.
- Le Figaro, 71% des sympathisants UMP opposés à l'entrée de la Turquie, 13. Dezember 2005.
- Oberösterreichische Nachrichten, Schüssel will Volksabstimmung über EU-Beitritt der Türkei, 18. Dezember 2004.
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum EU-Beitritt der Türkei, Ergebnisse einer telefonischen Befragung, im Auftrag der Botschaft der Republik Türkei in Deutschland, Essen, im November 2003.

---

<sup>17</sup> Vgl. Kurier, Die Geschichte einer Entfremdung, 4. August 2005.

<sup>18</sup> Vgl. derStandard.at, Front der Türkei-Befürworter bröckelt, am 9. August 2005.

- Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Paper zur Pressekonferenz: Die Türkei und Europa, Aufgaben und Ziele der Unabhängigen Türkei-Kommission, Das Meinungsbild der Österreicherinnen und Österreicher, 22. April 2004.
- Zaptcioglu, Dilek: Die werden uns doch nie aufnehmen!, 2004, unter: [http://www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-297/\\_nr-32/\\_p-1/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-32/_p-1/i.html), online am 5. August 2005.

## 5.1. Verwendete Eurobarometer

- Eurobarometer (EB) 38, Befragung: September / Oktober 1992, Veröffentlichung: Dezember 1992
  - EB 39, Befragung: März / April 1993, Veröffentlichung: Juni 1993
  - EB 45, Befragung: Februar – Mai 1996, Veröffentlichung: Dezember 1996
  - EB 47, Befragung: Februar – Juni 1997, Veröffentlichung: November 1997
  - EB 51, Befragung: März / April 1999, Veröffentlichung: Juli 1999
  - EB 52, Befragung: Oktober / November 1999, Veröffentlichung: April 2000
  - EB 53, Befragung: April / Mai 2000, Veröffentlichung: Oktober 2000
  - EB 54, Befragung: November / Dezember 2000, Veröffentlichung: April 2001
  - EB 56, Befragung: Oktober / November 2001, Veröffentlichung: April 2002
  - EB 57, Befragung: März – Mai 2002, Veröffentlichung: Oktober 2002
  - EB 58, Befragung: Oktober / November 2002, Veröffentlichung: Dezember 2002
  - EB 63, Befragung: Mai / Juni 2005, Veröffentlichung: Juli 2005
- 
- Eurobarometer der Kandidatenländer (EBKL) 2001, Befragung: Oktober 2001, Veröffentlichung: März 2002
  - EBKL 2002.2, Befragung: September / Oktober 2002, Veröffentlichung: Dezember 2002
  - EBKL 2003.2, Befragung: Mai 2003, Veröffentlichung: Juli 2003
  - EBKL 2003.4, Befragung: Oktober / November 2003, Veröffentlichung: Februar 2004
  - EBKL 2004.1, Befragung: Februar / März 2004, Veröffentlichung: Mai 2004